

99 Euro mehr pro Wohnung

Grundsteuererhöhung würde Eigentümer treffen – Linke und Piraten lehnen Konzept ab

Die im Sparkonzept der Verwaltung angepeilte Grundsteuererhöhung um ein Drittel würde Hausbesitzer und Mieter deutlich treffen. Der Protest gegen das Papier hält unterdessen an.

VON JOHANNES DORNDORF

LAATZEN. Stadtkämmerer Arne Schneider stellte im Gespräch mit den Leine-Nachrichten die von der Verwaltung ermittelte Werte vor. Besitzer einer durchschnittlichen Dreizimmerwohnung würden bei der angepeilten Erhöhung demnach jährlich mit 99 Euro mehr zur Kasse gebeten. Besitzer eines Reihenhauses zahlen 110,56 Euro mehr, bei freistehenden Einfamilienhäusern sind es 199 Euro. „Das

heißt nicht, dass der Vermieter dies auf die Mieter umlegen muss“, ergänzte Schneider. Die Mietpreise richteten sich vielmehr nach Angebot und Nachfrage.

Unterdessen hat sich die Gruppe Linke und Piraten (GLuP) im Rat als erste Partei kritisch zum Haushaltssicherungskonzept geäußert. Piratenchefin Heike Schönemann spricht von einem „Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden“. „Es sollte allen klar sein, dass es darum geht, Kosten sinnvoll niedrig zu halten und nicht das Laatzener Tafelsilber zu veräußern. Weder die Schule in Grasdorf, noch das Wiesendachhaus dürfen unter den Hammer kommen“, heißt es in der Erklärung.

Nicole Hendrych (Linke) be-

fürchtet, dass die Preise des Wiesendachhauses bei einer Privatisierung „gewaltig ansteigen“ würden. Für den Park der Sinne Eintritt zu verlangen, sei „eine Unverschämtheit.“ Fazit der GLuP: „Der hilflose Versuch, nur die Gewerbeansiedlung zu fördern und alles, was das Leben in Laatzten lebenswert macht, hinten runter fallen zu lassen, kann nicht die Lösung sein. Denn so droht Laatzten auszubluten.“

Die CDU hat sich gestern mit einem Fragenkatalog zum aktuellen Haushalt an Bürgermeister Thomas Prinz gewandt. Die Christdemokraten möchten unter anderem wissen, ob die im Haushaltssicherungskonzept aufgeführte Schließung der Grundschule „Idee oder

Wirklichkeit“ sei und warum sie überhaupt vorgeschlagen werde.

■ **Protest in Grasdorf:** Die Verwaltung berichtete unterdessen von „heftigen Reaktionen“ in der Elternschaft der Grundschule Grasdorf. Im Rathaus betont man, dass es derzeit darum gehe, die Voraussetzungen für eine solche Schließung im Sommer 2013 zu prüfen. Auf die Frage, wo die Schüler dann bleiben sollen, antwortete Kämmerer Schneider, dies sei Teil des Prüfungsauftrags: nämlich zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen die Schüler auf andere Schulen umverteilt werden könnten. Die Grasdorfer Einrichtung sei als kleinste Grundschule und wegen ihrer Nähe zu anderen Schulen aufgeführt.

LESERBRIEFE

Steuerpläne zeugen von wenig Kreativität

Zur Berichterstattung über das Sparkonzept der Stadt und die mögliche Schließung der Grundschule Grasdorf in den Leine-Nachrichten vom 7. und 8. März:

Wenn es darum geht, den Haushalt der Stadt Laatzten zu entlasten, fallen der Verwaltung in erster Linie Steuererhöhungen ein. Das ist ziemlich phantasielos und zeugt von wenig Kreativität. Und wenn es gilt, Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen, werden Vorschläge gemacht, die den Bürgern zum Teil erhebliche Einschränkungen und zusätzliche finanzielle Belastungen zumuten. Bei der Grundsteuer denkt man an eine Erhöhung von mehr als 33 Prozent. Dagegen sind die aktuell diskutierten Tarifforderungen geradezu kümmerlich.

Die Betriebe der sogenannten freien Wirtschaft haben in den vergangenen Jahren schmerzhaft

Maßnahmen zur Stärkung ihrer Finanzen und Wettbewerbsfähigkeit ergriffen. Nicht zuletzt dadurch befinden sie sich überwiegend in einer (belastbaren) wirtschaftlichen Situation, die in Politik und Verwaltung anscheinend Begehrlichkeiten weckt.

Was aber hat die im wettbewerbsfreien Raum agierende Stadtverwaltung in den letzten Jahren getan, um ihre Kosten und internen Abläufe zu optimieren? Wie wäre es, wenn man sich bei möglichen Kostenreduzierungen auch mal im eigenen Verantwortungsbereich umschaute und ebenfalls zu Opfern und Einschränkungen bereit ist? Davon ist nirgendwo die Rede.

Laut einem Bericht der Leine-Nachrichten im Dezember 2010 wurde der Personalbestand in der Verwaltung damals um 20 Mitarbeiter erhöht. Die damit verbundene Mehrbelastung des Haushalts dürfte bei mehreren hunderttausend Euro per anno liegen. Ist das angesichts der drama-

tischen Verschuldung der Stadt angemessen und verantwortbar? Joachim Düscher, Rethen

Überzeugendes Konzept für Entschuldung fehlt

Kaum sechs Monate nach der Kommunalwahl wurden von der Stadt Laatzten die möglichen Vorhaben veröffentlicht, wo sie sparen wird und was wir Wählerinnen und Wähler für die Zukunft erwarten können. Natürlich gehört dazu auch eine Erhöhung der Grundsteuer, wie auch die immer wieder beabsichtigte Schließung der Grundschule hier in Grasdorf. Eine Erhöhung des Hebesatzes von 450 auf 600 würde eine Erhöhung der Grundsteuerbelastung um über 30 Prozent zur Folge haben – und das, obwohl die Grundsteuer erst vor zwei Jahren erhöht wurde.

Wäre es nicht ehrlicher gewesen, uns Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl mitzuteilen, wie die Kommunalpolitiker beab-

sichtigen, die ansteigende Verschuldung von Laatzten in den Griff zu bekommen? Wäre es nicht besser gewesen, schon vorher die Weichen zu stellen, als mit immer mehr Bauvorhaben die Ausgaben zu erhöhen? Erschreckend ist, dass ein überzeugendes Konzept für die Reduzierung der Verschuldung vollkommen fehlt.

Es ist merkwürdig, dass die Vorschläge zwei Tage nach dem Baubeginn des Stadthauses veröffentlicht werden. Ist die örtliche Grundschule in Grasdorf weniger wichtig als das Stadthaus? Soll die Schließung der Schule zu dessen Finanzierung dienen? Warum wurde nicht auch ein sofortiger Baustopp des Stadthauses in der Vorschlagsliste mit aufgeführt? Rainer Picht, Grasdorf

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

[Fenster schließen](#)

[Ausschnitt drucken](#)